

# Zeitung

704

gelehrten Sachen

ach 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich Bestelgebühr. Anzeigen: Zeile 60 Pf. u. 40 %, Teuerungszuschlag. Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. In SW 68, Kochstr. 23-25, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

## Frieden oder Endkampf.

Von

Georg Bernhardt.

Die Rede, die gestern der Reichskanzler im Reichstag vorzutrug, war geeignet, erheblich mehr Eindruck zu machen als die Worte, die er zum erstenmal nach der Uebernahme des Kanzleramts gesprochen hat. Ihre Form stand in einem wofstuenden Gegensatz zu der trockenen und milden Diktion der letzten deutschen Note an Wilson. Ja, sie war sogar in manchen Punkten etwas leicht und allzu sehr mit geistreichen Gegensatzspielereien gespickt. Aber trotz der Verächtlichkeit der Form ließ ihr Inhalt doch den Ernst der Stunde sehr deutlich erkennen. Es war das erstemal, daß von amtlicher Seite das Wort „nationale Verteidigung“ ausgesprochen wurde. Freilich mag kein Zweifel daran, daß die deutsche Regierung durchaus den Fall einer Ablehnung des deutschen Friedensersuchens durch den Präsidenten Wilson in Betracht zieht.

Sowohl die letzte Antwort aus Washington als auch der Ton, den neuerdings die englische Presse anschlägt, legt diese Vermutung sehr nahe. Es ist neuerdings mehrfach darauf hingewiesen worden, daß dieser Ton der Wilsonschen Noten durch die bevorstehenden Ergänzungswahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften in Amerika bestimmt sein kann. Angeblich wirft die gegnerische Partei dem Präsidenten vor, daß er wertvolle Friedensvorteile um professoraler Doktrinen willen verschenkt. Möglicherweise, daß solche Vorwürfe eine Rolle spielen. Aber man sollte doch nicht außer Betracht lassen, daß sehr wohl auch das Gegenteil der Fall sein kann, nämlich die Weiterführung des Friedensgesprächs gerade vor den Wahlen für den Präsidenten von Wert ist, obwohl er entweder den Frieden gar nicht herbeiführen will oder ihn nicht mehr auf dem Boden des Rechtsfriedens gewährleisten kann. Denn man muß annehmen, daß beim größten Teil des amerikanischen Volkes doch wohl die Größe der Idee eines Weltfriedens auf ganz neuen völkerrechtlichen Grundlagen mehr Verständnis findet, als der Wunsch gewisser Cliquen (der ja auch in Amerika vorhanden ist), den Gegner bis zum äußersten niederzuschlagen. Es wird jedenfalls gut sein, sich diese beiden Möglichkeiten vor Augen zu halten. Man wird auch gut tun, sich bei dieser Gelegenheit daran zu erinnern, daß schon einmal die Friedensbereitschaft des — damals noch neutralen — amerikanischen Präsidenten durch eine Wahl (es war damals seine eigene) unterbrochen wurde, und daß nach dieser Wahl die Taten des Präsidenten mindestens nicht deutschfreundlicher gewesen waren als vor der Wahlaktion.

Deshalb halten wir es für durchaus richtig, wenn der Reichskanzler auf die eventuell notwendig werdende herbe Enttäuschung und harte Belastung eines Endkampfes vorbereitet. Sehr hilfreich war die Prägung des Satzes: „Wer sich ehrlich auf den Boden des Rechtsfriedens stellt, hat auch die Pflicht, sich nicht kampflos einem Gewaltfrieden zu beugen.“ Und man muß dem Reichskanzler unbedingt zustimmen, wenn er meint, daß eine Regierung, die dafür kein Empfinden habe, der Verachtung ebensowohl des kämpfenden, wie des in der Heimat arbeitenden und darbenenden Volkes anheimfallen müßte. Aber bei aller Anerkennung der klaren Erkenntnis der Lage, die aus den Worten des Kanzlers sprach, können wir uns doch nicht ver sagen, daran zu erinnern, daß es nicht genügt, Klarheit in Worten zu schaffen, sondern daß Taten notwendig sind, und zwar vorbereitende und politische Taten.

Wenn das deutsche Volk sich wirklich vor das bittere Muß eines Endkampfes gestellt sehen wird, so können die großen Opfer, die dann verlangt werden, nur aus einer Stimmung der Begeisterung und Opferwilligkeit gebracht werden, die der von 1914 nicht nachstehen darf. Die Quellen, aus denen die Begeisterung jener Tage floß, sind lange verlegt. Inzwischen hat der Kampf der Parteien vielleicht in milderen Formen sich ausgelebt als früher. Aber der Kampf der Parteien ist vielfach wilder gewesen und hat das Volk zerklüftet. Dazu kommt, daß Jahre der Entbehrung vom Volke ertragen, daß viele Tausende von Menschen im Dienste des Vaterlandes an Körper und auch an Geisteskraft schwere Einbußen erlitten haben. Das Zusammenstehen zum letzten Kampfe kann nur aus einer durch den Trost zusammengeschiedenen Einheit der Gesinnung herauswachsen. Aber was hat die Regierung bisher getan, um das Volk solcher Gesinnung zuzuführen? Wir verlangen wahrhaftig nicht tönende Phrasen und schöne Redensarten. Aber man kann nicht plötzlich starke Töne im Volkshor erzeugen wollen, wenn die diplomatischen Noten, die doch jetzt von den Vertrauensmännern des Mehrheits des Volkes verfaßt werden, weiche Grundtöne anerkennen. Wenn, was jedermann in hofft, aber nicht jeder ebenso sicher glaubt, der

918.  
epf.

60